

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieser keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Melame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Hügtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 29

Freitag, den 4. Februar 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Die Gerichte über Unstimmigkeiten im Zentrum wegen der gestrigen Reichstagsrede des deutschnationalen Parteiführers Grafen Westarp sind, wie die Telunion erklärt, nach jeder Richtung hin stark übertrieben. Gewisse Mißverständnisse über Nebenpunkte werden sich heute alle Voraussicht nach leicht auflären lassen. Von einer Rückgabe des Portefeuilles des Herrn Reichsminister Köhler ist nicht die Rede.

Beim Einschleppen des amerikanischen Dampfers „Republic“ wurde der Lloyd-Dampfer „Strius“ im Kaiserhafen (Bremerhaven) nach der Seite hinübergerissen und sank. Zwei Mann der Besatzung ertranken. Ueber die Frage, ob die Koalitionsparteien im Reichstage ein Vertrauensvotum einbringen werden, ist ein Beschluß noch nicht gefaßt. Zur Entscheidung dieser Frage fand heute vormittag eine interfraktionelle Besprechung statt.

Gestern vormittag traf von Wilhelmshaven kommend, die dritte Torpedobootschiff Flottille zu einem mehrstündigen Besuch im Hamburger Hafen ein.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es in enger Zusammenarbeit mit der Ortspolizei gelungen, das furchtbare Verbrechen an dem Ehepaar Lichten in Sommerfeld aufzuklären. Die beiden Täter sind die Hirtengedlinge Kurt Sommer und Friedrich Viebrecht, die am 29. Januar aus der Hirtengedlinge bei Berensdorf bei Müstau entflohen sind.

Gestern erlief sich in Offenbach in der Wohnung seiner Eltern der 11 Jahre alte Schüler Fritz Böhrer, weil er von seiner Mutter wegen schlechter Schularbeiten getadelt worden war.

Gestern vormittag kam es in Wien in der Universität und vor dem Rathause zu Zusammenstößen zwischen nationalen und sozialistischen Studenten, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Wie dem Deutschen Handelsdienst aus Paris gemeldet wird, hat die Bank von Frankreich den Wechselkurs von 6,5 auf 5,5 % und den Lombardzinsfuß von 8,5 auf 8 % ermäßigt.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat ein Teil der Garnison Porto gemeutert. Die Regierung hat über Portugal den Belagerungszustand verhängt.

Die New Yorker Abendblätter geben in großer Aufmachung die gestrige Reichstagsdebatte wieder, besonders die Regierungserklärung des Reichskanzlers und die Ausführungen des Grafen Westarp, enthalten sich aber vorläufig jeden Kommentars.

Ein heftiges Erdbeben erschütterte gestern vormittag 11,50 Uhr eine halbe Minute lang die Stadt Schanghai. Um 1 Uhr wurde ein weiteres Beben von 70 Sekunden Dauer verspürt. Ob Schäden angerichtet wurde ist noch nicht bekannt.

Vertilge und fälsche Angelegenheiten.

(Warnung vor Schwindlern) Gewarnt wird vor einem Schwindler, der in Loßwitz als Unterfützungsschwindler aufgetreten ist und in einem Falle auch eine Unterstützung von 25 RM erlangt hat. Er sucht besser gestellte Personen auf und gibt an, daß er Deutsch-Elsässer und von den Franzosen ausgewiesen worden sei, da er nicht für Frankreich optiert habe. Angeblich will er sich auf der Fahrt nach dem Flüchtlingslager Schneidemühl befinden. Die Darstellungen des Unbekannten sind offenbar Schwindel. Er wird beschrieben: etwa 35 Jahre alt, 1,75 m groß, bartlos. Bei erneutem Auftreten des Schwindlers wolle man die Polizei benachrichtigen. Der seit Anfang November 1926 bei der Firma Regenshardt & Co., Verlagsbuchhandlung in Berlin-Schöneberg in Stellung befindliche Vertreter für Leipzig, Rudolf Werner, hat ohne Wissen und Willen der Firma durch Zeitungsinserte Untervertreter gesucht und, soweit jetzt bekannt, innerhalb 2 Tage 4 von ihm engagierte Leute um insgesamt 890 RM, die er von ihnen als Kaution verlangte, betrogen. Werner ist mit dem erschwundenen Gelde flüchtig und setzt seine Betrügereien vermutlich anderorts fort. Er ist etwa 23—30 Jahre alt, 1,80 m groß, kräftig gebaut, volles, rundes Gesicht, hochstehendes blondes Haar, graubraunen Mantel, dunklen Jacketanzug und schwarze Schnürschuhe mit Wildledereinsatz. Bei Antreffen wolle man seine Festnahme veranlassen. Personen, die ebenfalls von Werner geschädigt worden sind und eine Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen dies umgehend bei der Kriminalpolizei nachholen.

(Ausgabe der Ernteschädenvordrucke, Muster A.) Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß die gemäß Ziffer 4 der Verordnung des Finanzministeriums über Steuererleichterungen wegen Ernteschäden vom 12. Januar 1927 von der Landwirtschaftskammer herauszugebenden Anmeldevordrucke nach Muster A von dieser bei der Druckerei Mautisch-Freiberg in Auftrag gegeben worden sind und durch die Gemeindebehörden unmittelbar von der Druckerei nach Maßgabe ihres Bedarfes kostenlos bezogen werden können.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts

Mißtrauensvotum der Demokraten — Opposition der Sozialdemokratie

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung

Der Reichskanzler verliest die Regierungserklärung.

Deutscher Reichstag.

262. Sitzung vom Donnerstag, 3. Februar.

Die Donnerstag-Reichstagsitzung, die die Regierungserklärung des Reichskanzlers Marx brachte, wurde pünktlich um 2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Die Mitteltribünen sind stark besetzt. Der Präsident Löbe gab nach einer Zurechtweisung der Kommunisten dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Marx.

betonte zuerst, daß die Reichsregierung sich einig sei, daß die Grundlage unserer Politik die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform sei. Die neue Reichsregierung werde für das Wohl des Vaterlandes arbeiten und danach ihr gesamtes politisches Handeln einstellen. Es sei der feste Wille der Reichsregierung, für

Schutz, Achtung und Ehre unserer geltenden Verfassung

in ihrer Gesamtheit ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt seien, mit Entschiedenheit einzutreten. Insbesondere werde die Regierung gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie die Regierung von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlange, so gelte diese treue Pflicht selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes auf freie Meinungsäußerung vor allem für die Beamten. Diesen sei die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten.

Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließe keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Was die

Finanzlage des Reiches

angeht, so ist es im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen der erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das Problem des Finanzausgleichs einzufügen sein, das eine innerpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem hohen Maße liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung hat dabei volles Verständnis für die Wünsche der Länder und ihrer Gemeinden auf ein gesundes Eigenleben, wie sie andererseits auf das Verständnis der Länder für die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches rechnet.

Der

Wehrmacht.

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und allen Parteien zu festigen. Das Heer muß dem politischen Kampfe für allemale entzogen werden. Es wird Sorge getragen werden, die Unterbindung jeglicher Beziehungen von politischen oder politisierenden Verbänden, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, zur Wehrmacht auf die Dauer sicherzustellen. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungesellige Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergehende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volksteile sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungsfeindlichen Elemente bei der Einstellung von Soldaten gewährleistet wird.

Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der

Außenpolitik.

Diese Stetigkeit ist Grundlage des internationalen Vertrauens.

So verzieht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiter verfolgen soll. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlage unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawesabkommen, zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche, ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung.

Reichskanzler und Außenminister würden dem an sie ergangenen Rufe zur Übernahme ihrer Ämter nicht entsprochen haben, wenn sie nicht durch die geführten Verhandlungen über die Regierungsbildung die feste Gewähr dafür besäßen, daß die Absichten und Ziele der bisherigen Außenpolitik von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt werden und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenigen Fraktionen stehen, welche die Regierung unterstützen.

Vor uns liegen aber noch immer schwere Aufgaben, an deren Lösung wir alle unsere Kräfte zu setzen haben.

Unser Anrecht auf moralische und politische Gleichberechtigung unter allen Völkern kann nicht in Zweifel gezogen werden. Seine volle Anerkennung auch tatsächlich durchzusetzen, ist Aufgabe unserer politischen Arbeit. An erster Stelle steht dabei die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen. Solange die zweite und die dritte Rheinlandzone noch von fremden Truppen besetzt bleiben, sind die dort bestehenden Zustände vor allem auch eine dauernde Gefahrenquelle für die günstige Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarländern im Westen. Die Reichsregierung muß erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird.

Die bevorstehenden Verhandlungen über den Haushalt des Auswärtigen Amtes werden dem Herrn Außenminister Gelegenheit geben, sich über alle Einzelfragen zu äußern.

Wir betrachten nunmehr

die innere Lage Deutschlands in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht

Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. In dieser Erkenntnis wird die Regierung nach wie vor auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge werkschaffende Arbeiten fördern. Sie wird die Umsiedlung von Arbeitslosen in Gebiete ermöglichen, die ein besseres Fortkommen gewährleisten. Das im Sommer v. J. aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm wird zielbewußt zu Ende geführt werden.

Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne eine wohlorganisierte und tatkräftige Arbeitsvermittlung nicht denkbar. Insbesondere wird darauf hinzuwirken sein, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitsnachweise gestärkt und ihr Wirkungsgrad erhöht wird. Als besonders wirksames Mittel, brachliegende Volkskraft nutzbringend zu verwenden, wird die Reichsregierung das landwirtschaftliche Siedlungswesen in den dünnbesiedelten Gebieten nachhaltig fördern.

Eine befriedigende, dauernde Lösung der dadurch aufgeworfenen Unterfützungsfrage ist nur möglich, wenn baldigt an die Stelle der Fürsorge die gesetzliche Arbeitslosenversicherung tritt. Die Regierung legt daher entscheidenden Wert darauf, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung möglichst vor dem 1. April, verabschiedet wird. Wie auch dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, soll auch für das ganze Arbeitsrecht der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ihres paritätischen Zusammenwirkens in Betrieb und Beruf in gleicher Weise wie bisher bestimmend bleiben und immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden.

